





Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages


Siegmund Ehrmann, MdB - Platz der Republik 1 - 11011 Berlin

**Platz der Republik 1
11011 Berlin**

**Jakob-Kaiser-Haus
Raum 1.448**


 (030) 227 – 77 654


 (030) 227 – 76 654

 siegmund.ehrmann@bundestag.de

Wahlkreis

Hopfenstraße 4
47441 Moers


 (02841) 99 805 99


 (02841) 99 805 88

 siegmund.ehrmann@wk.bundestag.de

Wahlkreis

Südwall 38
47798 Krefeld

 (02151) 31 96 50

 (02151) 82 07 611

 siegmund.ehrmann@wk2.bundestag.de

Berlin, 19. November 2009

Politischer Bericht 14/2009

I. Zur Lage

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

nachdem sich der Bundestag konstituiert hat, sind jetzt die Ausschüsse gebildet worden. Jetzt läuft die parlamentarische Arbeit in der Opposition an. Doch für die Sozialdemokratie in Deutschland enorm wichtig, wohl auch zukunftsentscheidend war der Parteitag in Dresden.

Die SPD hat auf dem **Dresdner Parteitag** bewiesen: Das sozialdemokratische Herz schlägt. In einer offenen, fairen und leidenschaftlichen Diskussion hat die Partei die Verständigung darüber begonnen, was in 11 Jahren Regierungszeit gelungen ist und was anders werden muss. Von Dresden geht ein gutes Signal aus. Wir wollen, dass die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich neu in die Gesellschaft hinein öffnet. Sigmar Gabriel hat in einer fulminanten Rede klar gemacht: Uns geht es um neue Mehrheitsfähigkeit durch Schärfung des eigenen Profils.

Jetzt gilt es, gemeinsam an die Arbeit zu gehen. Die Beschlüsse von Dresden nehmen wir mit in die parlamentarische Arbeit. Die Sozialdemokratie ist neu aufgestellt und sie ist bereit



für eine kämpferische Opposition - im Parlament, aber auch im Bündnis mit gesellschaftlichen Gruppen, die eine Entsolidarisierung durch Schwarz-Gelb nicht hinnehmen wollen.

Bildungsproteste

Die bundesweiten Proteste der Studierenden treffen einen wunden Punkt. Sie haben die Lippenbekenntnisse und das folgenlose Abschieben von Verantwortung satt. Wir brauchen bessere Studienbedingungen. Gute Lehre muss uns mindestens ebenso viel wert sein wie gute Forschung. Bildung muss mehr sein, als dass auf ein Turboabitur ein Turbostudium folgt. Die Kritik der Studentinnen und Studenten ist berechtigt, denn es besteht Handlungsbedarf bei der Überprüfung des Bologna-Prozesses. Nach dem Bachelor-Abschluss darf nicht Schluss sein. Wer einen Master-Abschluss machen will, muss die Chance dazu bekommen. Außerdem müssen die sozialen Hürden weg. Wir brauchen einen Fahrplan zur Abschaffung von Studiengebühren und zur langfristigen Stärkung des BAföG. Der schwarz-gelben Koalition fehlt ein Bildungs- und Finanzierungskonzept. Steuersenkungen auf Pump gefährden die Investitionen. Die Bundesregierung handelt nicht und Ministerin Schavan schiebt den schwarzen Peter tatenlos den Hochschulen und Ländern zu. Es ist doch ein Armutszeugnis, dass die Bundesregierung zwei Tage auf Schloss Meseberg verbringt, aber zu den Bildungsprotesten kein Wort sagt.

Zur Koalitions Klausur in Meseberg: tiefe Risse, keine Entscheidungen

Die Klausur in Meseberg hat es erneut gezeigt: Die Regierung aus CDU, CSU und FDP hat sich auf alles vorbereitet, nur nicht aufs Regieren. Eine Koalitionsvereinbarung, die Beschlüsse vertagt und Ziele verschleiert, eine Regierungserklärung, die nichts erklärt, und jetzt eine Kabinettklausur, die im Kern nichts entscheidet. Innerhalb der Koalition gibt es offenbar tiefe Risse, bei Fragen der Steuerpolitik genauso wie bei Fragen der Gesundheitspolitik. Das sollte durch Übungen in Harmonie übertüncht werden. Nach zwei Tagen Klausur: außer Spesen nichts gewesen. „Wellness im Weinkeller“, hieß es in den Medien. Das reicht nicht!

Das wichtigste Möbelstück von Meseberg war offenbar die lange Bank. Das Beschluss-Dokument enthält auf 19 Seiten wieder neue Ankündigungen. Strategien und



Entwicklungspläne werden in Aussicht gestellt. Die Kanzlerin lädt zu neuen Gipfeltreffen ein. Zur immer drängenderen Frage nach der Zukunft der Jobcenter und der Arbeitsvermittlung in Monaten zunehmender Arbeitslosigkeit heißt die Auskunft: „Der Bundesminister für Arbeit und Soziales wird Eckpunkte vorlegen.“ Und das nach einem verlorenen Jahr, in dem die Unionsfraktion eine neue Rechtsgrundlage systematisch gebremst, blockiert und sabotiert hat. Zum Energiekonzept, das Schwarz-Gelb fehlt, soll es im Sommer 2010 einen Zwischenbericht geben. Der Bundesminister des Inneren bekommt den Auftrag, „einen interministeriellen Ausschuss ‚Demographie‘“ auf Staatssekretärebene zu gründen. Bis zum Jahr 2012 (!) soll dieser Ausschuss einen „Vorschlag“ für eine Strategie vorlegen. Als ob wir einen Mangel an Demographieberichten hätten.

Keine Klarheit bei Steuern und Finanzen

Zur wichtigsten Frage aber kein Wort: Wie sollen die Steuersenkungen auf Pump finanziert werden, die Zukunftsinvestitionen von Bund, Ländern und Kommunen massiv gefährden? Die Minister Schäuble und Brüderle haben der Presse gesagt, es solle ab 2011 Steuersenkungen von 20 Milliarden Euro geben. Auch die aber sind für die Haushalte nicht zu verkraften und gehen zu Lasten von Bildung, Integration, Gesundheit und Infrastruktur. Und der Streit schwelt weiter. Denn der von der FDP geforderte „Stufentarif“ würde, wie das Institut für die Zukunft der Arbeit (IZA) vorrechnet, mindestens 51,8 Milliarden Euro an Ausfällen für die öffentliche Hand bedeuten. Ein soziales und gesellschaftliches Fiasko. Denn das böse Erwachen und die zwingend kommenden Einschnitte werden Kinder, Arbeitslose, Studierende, Rentnerinnen und Rentner treffen.

Unsicherheit bei Gesundheit

Das Bundeskabinett hat in Meseberg keine Aussage gemacht, ob es dabei bleibt, dass die Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Krankversicherung eingefroren werden. Das würde massiv zu Lasten der Versicherten gehen und auch die Rentner treffen, die mit höheren Belastungen rechnen müssen. Denn ein steuerfinanzierter Sozialausgleich, der nach Schätzungen rund 35 Milliarden Euro kosten und 40 Millionen Menschen zu Hilfsempfängern machen würde, ist ein falsches Versprechen. Schon beim Defizitausgleich für die krisenbedingten Ausfälle der Krankenkassen macht Angela Merkel einen Rückzieher. Die



Kassen sollen jetzt im kommenden Jahr 3,9 Milliarden Euro zusätzlich aus Steuermitteln erhalten. Bei einem nach derzeitigen Schätzungen zu erwartenden Gesamtdefizit von ca. 7,5 Milliarden Euro verbleibt eine Lücke von 3,6 Milliarden Euro. Wie dieser Fehlbetrag gedeckt werden soll, bleibt offen. Auch hier ist zu befürchten, dass dafür allein die Versicherten zur Kasse gebeten werden.

Schweigen im Fall Steinbach

Das Schweigen von Angela Merkel im Fall Steinbach belastet die deutsch-polnischen Beziehungen. Bleibt es bei den ausweichenden und zweideutigen Bemerkungen zur Nominierung von Erika Steinbach für den Stiftungsrat der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ verlieren wir das Vertrauen, das wir in den deutsch-polnischen Beziehungen in den letzten Jahren aufgebaut haben. Es kann hier nicht um persönliche Eitelkeiten einzelner Personen gehen. Dazu sind die Beziehungen Deutschlands zu den osteuropäischen Partnern und insbesondere zu Polen zu wichtig. Wir fordern die Bundesregierung dringend auf, diesem unwürdigen Gezerre und Gewürge ein Ende zu machen.

Meseberg zeigt: Die Entscheidungsunfähigkeit der Regierung schadet den deutschen Interessen im Ausland wie im Inland. Auch der **Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung** verliert in seinem jüngsten Gutachten die Geduld mit Schwarz-Gelb: „Deutschland darf nicht dauerhaft auf einem niedrigen Wachstumspfad verbleiben. Trotz angespannter Haushaltslage sollten eine Erhöhung des allgemeinen Bildungsniveaus und der Bildungschancen für bisher benachteiligte Personen höchste Priorität besitzen. (...) Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP lässt nur bedingt den Schluss zu, dass die neue Bundesregierung bereit ist, sich diesen Herkulesaufgaben zu stellen.“

Wo die Regierung handlungsunfähig wird, muss die Opposition die besseren Alternativen anbieten. Mit einem eigenen Steuer- und Abgabekonzept werden wir die gerechte Lastenverteilung in den Mittelpunkt rücken und die seriöse Finanzierung von Zukunftsinvestitionen sichern. Mit unserem Konzept eines Bildungsaufbruchs schaffen wir mehr Chancengleichheit und bessere Qualität vom Kindergarten bis zur Universität. Mit unseren Ideen für die solidarische Zukunft der Krankenversicherung sichern und entwickeln wir das hohe Niveau der Gesundheitsversorgung in Deutschland.



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Gehen wir gemeinsam an die Arbeit.

Mit freundlichen Grüßen





II. Aktuelles Thema

Schwarz-Gelbe Steuerpolitik: sozial ungerecht, nicht finanzierbar und ökonomisch abzulehnen

Zusammenfassung der Studie des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit (IZA): „**Die Steuerreformpläne der neuen Bundesregierung und das Bürgergeld: Ein Simulation von Risiken und Nebenwirkungen**“, November 2009
(IZA Standpunkte Nr. 21)

Was heißt „Stufentarif“?

Die Studie des IZA analysiert die Folgen des dreistufigen Steuertarifs und des Bürgergeldes, wie sie von der FDP gefordert werden.

Laut Koalitionsvertrages soll – „möglichst“ – 2011 ein Stufentarif bei der Einkommenssteuer eingeführt werden. Dazu hat sich auch Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung bekannt. Obwohl offen bleibt mit welchem Finanzvolumen und welchen Tarifstufen, steht das FDP-Modell im Raum.

Der Stufentarif der FDP sieht vor: Oberhalb eines erhöhten Grundfreibetrages von 8.004 Euro gilt ein Eingangssteuersatz von 10 Prozent, zwischen 20.000 Euro und 50.000 Euro ein mittlerer Steuersatz von 25 Prozent und oberhalb von 50.000 Euro schließlich ein Spitzensteuersatz von 35 Prozent. Die in 2007 eingeführte Reichensteuer fällt weg. Für Familien, die den Freibetrag aufgrund zu geringen Einkommens nicht nutzen können, soll das Kindergeld auf 200 Euro pro Kind und Monat angehoben werden.

Steuerausfälle von mehr als 50 Milliarden Euro

Rein fiskalisch betrachtet, käme es zu einer Reduzierung des Einkommensteueraufkommens um jährlich 68,7 Mrd. Euro. Berücksichtigt man dabei Einsparungen bei den Transferzahlungen, dann würden sich laut IZA die Ausfälle auf 61,2 Mrd. Euro pro Jahr reduzieren. Aber selbst unter der optimistischsten Annahme, dass durch die geringere Einkommensteuerbelastung positive Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt folgen, wäre der **Aufkommensverlust der Einkommensteuer** immer noch bei immensen **51,8 Mrd. Euro**.



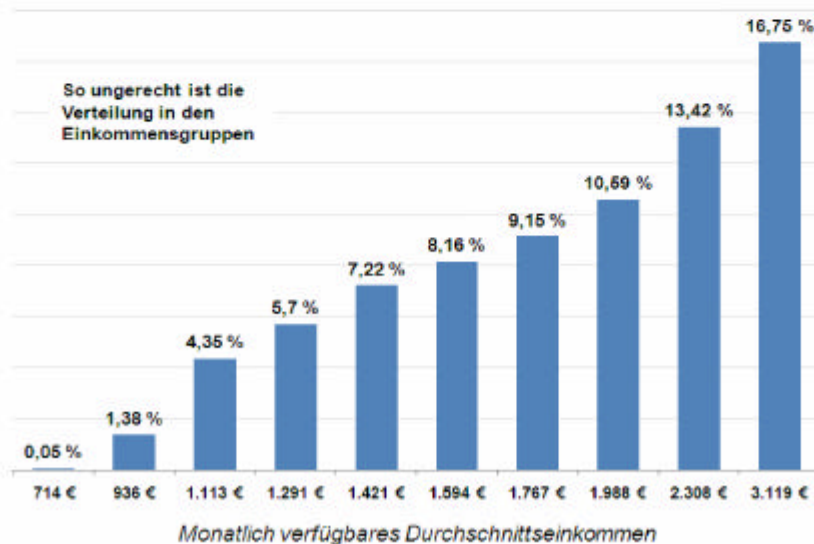
Die Autoren der Studie stellen fest: Während der Koalitionsvertrag von 24 Mrd. Euro an Steuerausfällen ab 2011 spricht, kostet das FDP-Modell Bund, Länder und Kommunen mehr als Doppelte.

Ungerechte Verteilung

Die Durchschnittsentlastung pro Haushalt läge der Studie zu Folge bei 12 Prozent. Allerdings fiel die Verteilung äußerst ungleich aus (siehe Grafik): Die unteren Einkommensgruppen hätten eine sehr geringe Steuerersparnis, höhere Einkommen hingegen würden übermäßig stark entlastet. Die Spanne würde von 0,05 Prozent Entlastung bei einem verfügbaren Haushaltseinkommen von monatlich rund 714 Euro, bis zu einer Entlastung von 16,75 Prozent bei einem monatlichen Haushaltseinkommen von 3.119 Euro reichen.

Fazit: unfinanzierbar, ungerecht, ökonomisch unsinnig

Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass eine solche Steuerreform an den Problemen des Arbeitsmarktes vorbei geht. Die sehr hohen Kosten des Drei-Stufen-Tarifs von mindestens 51,8 Mrd. Euro könnten den allenfalls geringen Zuwachs an Beschäftigung nicht rechtfertigen. Daher sei eine solche Steuerreform auch aus ökonomischer Sicht abzulehnen.



Quelle: IZA